

25X1

Page Denied

Bericht über die Entwicklung in der UdSSR
November/Dezember 1954

Seite+

<u>I. Die innere Lage und die wichtigsten Ereignisse in der UdSSR</u>	1
1) Die Unionsberatung der Baufachleute	1
2) Die Wahlen zu den Volksgerichten und der Tag der Sowjetverfassung	3
3) Erschiessung der bedeutendsten Funktionäre des ehem. Ministeriums der Staatlichen Sicherheit	4
4) Der Kampf gegen die antikommunistische Emigration der Völker der UdSSR	5
5) Zurückweichen der Partei vor der Religion	6
6) Zweiter All-Unionskongress der sowjetischen Schriftsteller	8
7) Die 2. Tagung der gewerblichen Genossenschaften der UdSSR	11
8) Der 75. Geburtstag Stalins	12
9) Landwirtschaft	13
10) Industrie	16
11) Transport	17
12) Mittelschulbildung	18
13) Die Partei	18
a) Die unteren Kader der Partei	18
b) Die mittleren Kader der Partei	19
c) Die Spitzen der Partei und Regierung	20
<u>II. Die Innenpolitik der sowjetischen Führung</u>	21
1) Demokratische Konzessionen	21
2) Massnahmen zur Belebung der Wirtschaft	22
a) Die Gewinnung von Neuland	22
b) Entbürokratisierung und Reorganisation	23
3) Rückwirkungen der neuen Massnahmen	24
<u>III. Die Aussenpolitik der Sowjetunion</u>	24
1) Die allgemeine Friedenskampagne	24
2) Der Kampf gegen die Pariser Verträge	26
3) Sowjetisch-finnische Verhandlung	31
4) Wiederherstellung guter Beziehungen zu Jugoslawien	32
5) Moskau und Peking	32
6) Umwerbung Japans	33

I. Die innere Lage und die wichtigsten Ereignisse in der UdSSR

1. Die Unions-Beratung der Baufachleute

Vom 30. November bis 8. Dezember wurde in Moskau, im Palais des Kreml; die Unions-Beratung der Baufachleute durchgeführt. Die Tagung war vom ZK der KPdSU und der Sowjetregierung einberufen worden. Zu den Gästen zählten Bauarchitekten, Beschäftigte der Baumaterial-Industrie, der Bau- und Strassenbaubetriebe sowie Mitglieder der Projektierungs- und Forschungsorganisationen auf diesem Gebiet. Hinzu kamen Aktivisten und Bestarbeiter, Wissenschaftler und sonstige Fachleute, Fachminister, Vertreter von Partei und Komsomol.

Die Wichtigkeit der Konferenz wurde dadurch unterstrichen, dass bei allen Plenartagungen der Konferenz alle Mitglieder der Führungsgremien von Partei und Staat anwesend waren und das Nikita CHRUSCHTSCHEW eine der Hauptansprachen hielt. Zweck der Beratung war folgendes:

- a) Der Umfang der Bautätigkeit in Industrie, Wohnungswesen und Kultur soll erweitert werden;
- b) die Baetermine sollen verkürzt, die Qualität der Bauwerke erhöht werden;
- c) durch neue Methoden soll die persönliche Verantwortung vom einfachen Arbeiter bis zum Fachminister verstärkt werden;
- d) die Bautätigkeit in den neukultivierten Gebieten soll beschleunigt und verbessert werden.

Eine Analyse der auf der Tagung abgegebenen Berichte ergibt folgende Mängel in der Bautätigkeit der UdSSR:

- a) Im allgemeinen wurden die Pläne der Bauindustrie nicht erfüllt;
- b) die Qualität der aufgeführten Bauten war minderwertig, sie wurden den Beziehern teilweise in halbfertigem Zustand übergeben;
- c) die angesetzten Termine wurden überschritten;
- d) der Verbrauch an Holz und Metallen war unzulässig hoch, was zu einer Teuerung im Bauwesen führte;
- e) der Verwaltungsapparat des Bauwesens ist zu gross;
- f) zum Teil ist die Wirtschaftlichkeit im Bauwesen nicht gewährleistet (Siehe auch Prawda vom 1.12.54)
- g) Die Leistungen der Bauarbeiter sind niedrig, es häufen sich Verstösse gegen die Arbeitsdisziplin, Stockungen im Arbeitsablauf und Verluste an Arbeitszeit

Im Verlauf der Tagung wurden auch die Akademie für Architektur der UdSSR sowie die Architekten schlechthin angegriffen, weil sie in den letzten Jahren einen übertriebenen "Aesthetizismus" an den Tag gelegt hätten.

"Im Laufe der Jahre hat sich in der Architektur eine Monopolgruppe von Führern gebildet, die ästhetische Standpunkte vereinfachten." (Prawda, 2.12.54)

Den sowjetischen Architekten wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, dass sie - statt sich an die vorgeschriebenen Projekte zu halten - bemüht seien, jedes in Bau befindliche Gebäude in ein "einmaliges Unikum" zu verwandeln, indem sie sich in der Verzierung der Häuserfronten überbieten. Dadurch würden die Kosten unverhältnismässig in die Höhe getrieben, und eine zweckmässige Bequemlichkeit vernachlässigt.

Die Tagung kam zu folgenden Beschlüssen:

- a) Es soll mehr, schneller und billiger gebaut werden, im allgemeinen nach Typen-Projekten;
- b) bei Grossbauten, sind vorher angefertigte Eisenbetonkonstruktionen, Wandblöcke - und Tafeln sowie ähnliche Fertigteile zu verwenden;

"Die Baustellen müssen in Plätze allgemeiner mechanischer Zusammenstellung verwandelt werden, es soll nach Standard-Entwürfen gearbeitet werden." (Prawda, 17.12.54)

Aus diesem Grund wurde beschlossen, im Laufe der nächsten 3 Jahre 402 neue Fabriken für Eisen-Beton-Konstruktionen und 200 Polygons zu errichten.

- c) Es wird die Erhöhung der Pro-Kopf-Leistung und die Erfüllung der Normen durch die Arbeiter verstärkt eingeführt und überwacht;

"Wir müssen die Arbeitsproduktivität erhöhen und die Organisation der Bauarbeiten energisch verbessern." (Prawda 17.12.54)

- d) Die Bautätigkeit im Neuland wird verstärkt;
- e) die Bautätigkeit in der metallurgischen und chemischen Industrie ist zu fördern (nach einer Reihe von Angaben kann vermutet werden, dass es hierbei um neue Anlagen der Rüstungsindustrie geht).
- f) Der Bau von Eisenbahnen im Ural und Ostsibirien wird verstärkt.

- 3 -

- g) Der Wohnungsbau soll gefördert werden. CHRUSCHTSCHEW erklärte in seiner Rede, allein auf dem Lande müssten im Jahre 1955 400.000 Wohnhäuser errichtet werden. (Tass)

Diese Tagung der Baufachleute war für die Union eine Tagung neuen Stils. Anders wie zu Stalins Zeiten, als sich die Teilnehmer aus einem bestimmten Gebiet versammelten, um den Willen der obersten Führung diktiert zu bekommen, war dies eine wirkliche Beratung. Unter Anwesenheit und Beteiligung der Spitzen von Partei und Staat besprachen und entschieden die Fachminister, Fachleute, führende Arbeiter (Aktivisten) und Wissenschaftler die Fragen des sowjetischen Bauwesens.

2) Die Wahlen zu den Volksgerichten und der Tag der Sowjet-Verfassung

Am 22. Dezember fanden in der gesamten Sowjetunion die Wahlen zu den "Volksgerichten" statt. Gewählt wurden die Richter und Beisitzenden. Den Wahlen gingen gross angelegte Vorbereitungsaktionen voraus. Kandidaten wurden ausgesucht und auf zahlreichen, allerorts stattfindenden Versammlungen propagiert.

Das Ziel dieser Aktion bestand darin, der Bevölkerung zu zeigen, und zu beweisen, dass sich die Justiz unmittelbar in den Händen des Volkes befände, und die Führer der Partei alles täten, um den früheren Strafmethoden ein Ende zu bereiten. Es sollte der Eindruck entstehen, dass die Rechte des Sowjetbürgers - in der Sowjet-Verfassung proklamiert - nicht mehr allein auf dem Papier stünden, sondern nunmehr endlich hergestellt wurden.

Die gewählten Volksgerichte bezeichnete man offiziell als die "Vollzieher der sozialistischen Rechtsprechung". Im Leitartikel der "Prawda" heisst es dazu:

"Die Wahlen der Volksgerichte finden unter solchen Umständen statt, dass die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung eine Reihe von Massnahmen zur Festigung der sowjetischen Gesetzmässigkeit verwirklichen. Diese Massnahmen sind darauf gerichtet, eine unweigerliche Befolgung der Gesetze des Sowjetstaates, der großen unerschütterlichen Rechte des Bürgers der UdSSR, die in unserer Verfassung, der demokratischsten Verfassung der Welt, eingetragen

- 4 -

Die Wahlen zu den Volksgerichten wurden offensichtlich an den Tag der Sowjetverfassung (5. Dezember) herangeschoben, um einen inneren Zusammenhang beider Ereignisse konstruieren zu können. Im Leitartikel der "Prawda" zum Verfassungstag ("Unter dem Banner der sozialistischen Demokratie") finden wir eine Bestätigung dessen, was oben als Absicht der sowjetischen Führung dargestellt wurde. Im Artikel heisst es:

"Die Prinzipien des sozialistischen Demokratismus, die der Verfassung der UdSSR zugrundeliegen, unbeugsam im Leben durchzuführen, sowie die Festigung der sozialistischen Gesetzgebung, bilden den Gegenstand besonderer Sorge von Partei und Regierung."

3) Erschiessung der bedeutendsten Funktionäre des ehem. Ministeriums der staatlichen Sicherheit

In der Zeitung "Prawda" vom 24.12.54 befindet sich eine Mitteilung über den Prozess, der den bedeutendsten Funktionären des ehemaligen Ministeriums für staatliche Sicherheit unter der damaligen Leitung von BERIA gemacht wurde. Die Sitzung des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes der UdSSR fand vom 14. - 19. Dezember unter Zulassung der Öffentlichkeit in Leningrad statt.

Vor Gericht standen:

ABAKUMOW,	früherer Minister für Staatssicherheit der UdSSR,
LEONOW,	Leiter der Untersuchungsabteilung des MGB
KOMAROW)	Vertreter des Leiters der U-Abteilung
LICHATSCHOW)	
TSCHERNOW)	Mitarbeiter des Ministeriums
BROWERMAN)	

Alle Angeklagten wurden beschuldigt, an der BERIA-Verschwörung teilgenommen zu haben. Ueberaus interessant ist die Formulierung der ihnen unterstellten Verbrechen:

"Abakumow fabrizierte Prozesse gegen einzelne Funktionäre des sowjetischen Parteiapparates und Vertreter der sowjetischen Intelligenz, danach verhaftete er diese Personen und - unter Anwendung von durch das sowjetische Gesetz verbotener, verbrecherischer Untersuchungsmethoden - erzwang er zusammen mit seinen Mitschuldigen Leonow, Komarow, Lichatschow von den Gefangenen erfundene Angaben und Geständnisse über eine Schuld in schweren Staatsverbrechen."

- 5 -

ABAKUMOW, LEONOW, KOMAROW und LICHATSCHOW verurteilte der Gerichtshof zum Tode durch Erschiessen. BROWERMANN erhielt 25 und TSCHERNOW 15 Jahre Arbeitslager.

Es ist kein zeitlicher Zufall, dass eben dieser Prozess die Propagandaaktion für den Schutz der Rechte des Sowjetbürgers abschloss (Tag der Verfassung: 5.12.; Wahl zu den Volksgerichten: 12.12.; Prozess gegen die Funktionäre des MGB: 14.-19.12.54). Die sowjetische Führung, die bestrebt ist, sich Sympatien und Autorität bei den breiten Massen der Bevölkerung zu erkämpfen, will durch den Prozess zeigen, dass die Periode des Terrors und der unbegründeten Strafmassnahmen beendet ist. Sie will ferner zu erkennen geben, dass an dieser Epoche weder die Parteiführung noch die heutige sowjetische Regierung irgendwelche Schuld hätten, sondern nur das Regime NKWD-MGB mit seinen führenden Funktionären.

Andererseits kann man vermuten, dass die oberste Parteiführung tatsächlich beschlossen hat, das Regime des MGB-MWD als besonderen Staat im Staate zu zerbrechen. Man hat Grund zu der Annahme, dass die wichtigsten Funktionen der politischen Kontrolle und der geheimen Verbindungen gegenwärtig in die Abteilungen der Partei verlegt werden, die in engem Kontakt mit dem Komitee für die Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR arbeiten.

Beachtenswert jedenfalls ist es, dass zum ersten Male seit vielen Jahren in einer politischen Anklage, wie sie den MGB-Funktionären gemacht wurde, die übliche Anschuldigung wegen Spionage zugunsten einer Imperialistischen Macht vollkommen fehlt.

- 4) Der Kampf gegen die antikommunistische Emigration der Völker der UdSSR
In der Grusinischen Zeitschrift "Morgenrot des Ostens" vom 9.12. und in der "Prawda" vom 10.12.54 findet man eine Mitteilung, nach der der bekannte Emigrantenführer grusinischer Abstammung, General MAKLAGOLIDSE, aus dem Westen in die UdSSR zurückgekehrt ist. Es wird berichtet, dass er ein umfangreiches Material mitgebracht habe, worin bewiesen wird, dass alle führenden Männer der kaukasischen antikommunistischen Emigration bezahlte Agenten der amerikanischen und englischen Spionagedienste sind und eine Spionage- und Unterwühlungsarbeit gegen die UdSSR sowie die Länder der "Volksdemokratie" entfalten.

- 6 -

Die Enthüllungen MAKLAGOLIDSEs sind nur ein Teil der Kampagne, die von der Sowjetführung gegen die antikommunistische Emigration und die mit ihr zusammenarbeitenden Kreise der Westmächte geführt wird. Wenn sie heute die Enthüllungen des Generals ausnutzt, so verfolgt die Sowjetführung folgende Ziele damit:

- a) Der antikommunistischen Emigration soll dadurch ein Schlag versetzt werden, dass man sie in den Augen der westlichen antikommunistischen Kreise als gewöhnliche Spione herabsetzt;
- b) in den Augen der Sowjetbevölkerung soll das Ansehen der Emigranten zerstört werden;
- c) die Sowjetführung beweist in der Praxis ihre Grossmut:

"In Anbetracht der aufrichtigen Reue MAKLAGOLIDSEs über das von ihm gegen die Heimat begangene Verbrechen ist ihm der Aufenthalt in der UdSSRR gestattet worden."

So mit wurde in den Tagen der Wahlen zu den Volksgerichten und des Prozesses gegen die Funktionäre des MGB zur Vollendung der Wirkung auch noch die Tatsache vordemonstriert, dass einem Mann - der über Jahrzehnte zu den schlimmsten Feinden des Regimes zählte - Vergebung gewährt wurde.

5) Zurückweichen der Partei vor der Religion

Aus der sowjetischen November-Presse besitzen wir zwei hervorragende Dokumente, die ein eindeutiges Zurückweichen der Sowjetführung von der Unterdrückung der religiösen Lehren beweisen. In der Prawda vom 11.11.1954 erschien eine "Feststellung des ZK der KPdSU über die Fehler bei der Durchführung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda unter der Bevölkerung". Zur gleichen Zeit veröffentlichte die Zeitschrift "Das Parteileben" in ihrer Nr. 15 einen Redaktionsartikel unter der Überschrift: "Überwindung der Fehler bei der Durchführung wissenschaftlich-atheistischer Propaganda", in dem der ZK-Beschluss erläutert wird.

Das Wesentliche des neuen Kurses in Bezug auf Religion, Kirche und Gläubige beläuft sich lt. der ZK-Resolution auf folgende Schwerpunkte:

Die Sowjetverfassung garantiere jedem Sowjetbürger die Freiheit des Gewissens und der Konfession. Deshalb dürfe man in keinem Fall mit administrativen Massnahmen in die Abhaltung religiöser Glaubens-

- 7 -

ausübungen eingreifen. In der atheistischen Presse dürfe man auch nicht dazu Zuflucht nehmen, die Gläubigen lächerlich zu machen oder ihre religiösen Gefühle zu verletzen.

"In einer Reihe von Bezirken wurden vonseiten der örtlichen Organisationen und einzelnen Personen Fälle von administrativer Einmischung in die Tätigkeit religiöser Vereinigung und Gruppen zugelassen, sowie ein grobes Verhalten gegenüber der Geistlichkeit ... Die Fehler in der atheistischen Propaganda sind energisch zu beseitigen und in Zukunft dürfen in keinem Falle irgendwelche Verletzungen der Gefühle der Gläubigen und der Kirchendiener (gemeint ist die Geistlichkeit) oder eine administrative Einmischung in der Tätigkeit der Kirche zugelassen werden."
(Aus dem ZK-Beschluss)

In den beiden Verlautbarungen wird sodann hervorgehoben, dass die Gläubigen auch Arbeiter der Sowjetunion seien, die zusammen mit allen anderen an der sozialistischen Gesellschaft bauen. Daher sei es vollkommen fehl am Platze, gläubige Menschen als politisch unzuverlässig zu verdächtigen.

"Umso mehr ist es dumm und schädlich, die einen oder anderen sowjetischen Bürger wegen ihrer religiösen Überzeugungen zu verdächtigen." (Aus dem ZK-Beschluss)

"Man darf nicht vergessen, dass die gläubigen Bürger unseres Landes in der Hauptsache ehrliche Arbeiter der sozialistischen Gesellschaft sind, die aktiv am Leben des Landes teilnehmen.
(Aus Nr. 15 der Zeitschrift "Das Parteileben")

Allerdings steht dieser Loyalität gegenüber den Gläubigen auch die Feststellung gegenüber, die Verbreitung des religiösen Glaubens füge der Volkswirtschaft, besonders jedoch der Landwirtschaft, Schaden zu. Nicht sehr glaubhaft klingt das Argument, Arbeiter oder Kolchosbauern liessen die Arbeit liegen, um Pilgerfahrten nach "heiligen Orten" anzutreten, die nach Jahrzehnten völliger Vergessenheit wieder breite Anerkennung gefunden hätten.

"Die Einhaltung der religiösen Feiertage, das Pilgern zu den von den Kirchenleuten als "heilige Stätten und heilige Quellen" bezeichneten Orten, die Abhaltung von verschiedenen religiösen Zeremonien und Bräuchen fügen der Volkswirtschaft grossen Schaden zu, lenken viele Tausend Menschen von der Arbeit ab, untergraben

- 8 -

die Arbeitsdisziplin. Besonders viele Schäden entstehen durch die Religiösen Feiertage und Bräuche in der Landwirtschaft, in der heißen Zeit der Feldarbeit, wenn jede Stunde kostbar ist." (Aus Nr. 15 der Zeitschrift "Das Parteileben")

Die Sowjetführung fordert deshalb dazu auf, die wissenschaftlich-atheistische Propaganda nicht zu verringern. Sie ruft also noch immer zum Kampf gegen die Religion auf, führt jedoch diesen Kampf hinüber auf das Gebiet der Propaganda und der ideologischen Auseinandersetzung.

"Deshalb muß der Kampf gegen religiöse Vorurteile gegenwärtig als ideologischer Kampf der wissenschaftlich-materialistischen Weltanschauung gegen die anti-wissenschaftliche religiöse Weltanschauung betrachtet werden."

(Aus dem ZK-Beschluß)

Eine Analyse dieses neuen Kurses in religiösen Fragen ergibt, daß er einen Teil des allgemeinen Kurses der Konzessionen im Rahmen einer gewissen Demokratisierung des sowjetischen Lebens darstellt, der sich besonders stark während der letzten beiden Monate bemerkbar machte.

Man muß auch berücksichtigen, daß die Verbreitung der Religionen der orthodoxen Kirchen und verschiedener evangelischer Sekten tatsächlich einen außergewöhnlichen Umfang erreicht hat, und das sowohl in der älteren Generation als auch unter der Jugend. Im Juli und August 1954 hat die sowjetische Führung versucht, dem Einhalt zu gebieten, indem sie eine große Propaganda-Aktion entfachte und sich auf administrativem Wege in die religiösen Angelegenheiten einmischte. Jedoch gelang es offensichtlich nicht, die Stellung der Gläubigen zu erschüttern. Die Parteiführung stieß auf ernstlichen Widerstand bei breiten Schichten der Bevölkerung. Darum mußte sie schließlich den Rückzug antreten und die Fehler wie üblich "den örtlichen Organisationen" in die Schuhe schieben.

In der PRAWDA vom 12. 12. 1954 erschien dann eine Mitteilung über den Empfang des Patriarchen von Moskau und ganz Rußland, ALEXEJ, durch MALENKOW.

6. Zweiter All-Unionskongreß der sowjetischen Schriftsteller

Am 15. 12. 19 54 wurde im Moskauer

- 9 -

Kongreß der sowjetischen Schriftsteller eröffnet. Auch bei der Eröffnung dieses Kongresses war die gesamte Sowjetführung anwesend.

Die kommenden Aufgaben der Sowjet-Literatur wurden umrissen in einer Adresse des ZK der KPdSU sowie in einem dem Kongreß gewidmeten Leitartikel der PRWADA vom 15. 12., der unter dem Titel "Die Literatur des Sowjetvolkes" erschien.

Nach der Auffassung der KPdSU hat die Sowjetliteratur folgende Aufgaben:

- a) Sie soll für "das Glück der Menschheit, für den Humanismus und den Frieden" kämpfen, denn:

"In den Jahren, wenn die Schicksale der Welt entschieden werden, ist es die Berufung des Schriftstellers, über die Interessen von Humanität und Frieden und Freiheit zu wachen."

(PRWADA vom 15. 12.)

- b) Vorbilder von positiven Helden, Erbauern des Sozialismus, zu finden und sie als ein für die Massen nachahmendwertes Beispiel wieder zum Leben zu erwecken.
- c) Die Sowjetliteratur muß helfen, das Vergangene zu verstehen und ihm einen Sinn zu geben, das Neue widerzuspiegeln und den Weg vorwärts zu weisen, dem Neuen soll so zum Siege verholfen werden.
- d) Die Sowjetliteratur hat die Bevölkerung zu "schöpferischer Arbeit" zu inspirieren, die dem Aufbau des Kommunismus zugute kommt.
- e) Sie hat zu kämpfen gegen alles "Feindliche und Veraltete",
- f) sie soll dabei die Jugend zu Tapferkeit und Liebe zur Arbeit erziehen, soll Furchtlosigkeit und opferfähige Liebe zum Vaterland erwecken.
- g) Die Sowjetliteratur soll Vorbild für die Weltliteratur werden, sie muß fortschrittliche Ideen in die Welt bringen, aber gleichzeitig soll sie auch lernen und die nützlichen Erfahrungen aus der ausländischen Literatur verwerten.
- h) Die Sowjetliteratur soll die sowjetische Wirklichkeit nicht durch "Schönfärberei" verzeichnen, sie hat aber auch nicht das Recht, sie zu "verleumden".

- 10 -

In der Adresse des ZK an den Kongreß hieß es dazu:

"Andererseits haben einige Schriftsteller, die vom Leben losgerissen sind, bei der Suche nach erdachten Konflikten minderwertige Werke geschrieben, ließen eine entstellte, ja manchmal sogar verleumderische Schilderung der sowjetischen Gesellschaft zu und beschimpften im allgemeinen die sowjetischen Menschen."

- i) Die sowjetische Literatur ist die Literatur der "schöpferischen Methode des sozialistischen Realismus", der jedoch nicht mit dem verpönten Objektivismus verwechselt werden darf.
- j) Als Spezialauftrag wird den Schriftstellern mit auf den Weg gegeben, sie sollen an "monumentalen Werken" arbeiten, die die Epoche der Oktober-Revolution darstellen, sowie die Sowjetarmee verherrlichen.
- k) Dem Verband der sowjetischen Schriftsteller wird der Kampf gegen Versuche, die Sowjetliteratur in feindliche ideologische Lager zu führen, aufgetragen. Feindliche Ideologien im Sinne dieses Auftrages sind "Nationalismus und Kosmopolitismus".

Dieser Kongreß war von langer Hand vorbereitet worden, zumal der erste Kongreß dieser Art vor etwa 20 Jahren stattgefunden hatte. Während der letzten Monate vorher erschienen in der Sowjetpresse viele Artikel, die zu Literaturfragen Stellung nahmen. Besonderes Interesse erweckte der Kongreß jedoch besonders deswegen, weil sich in letzter Zeit das Verhalten der Sowjetführung zur Literatur mehrfach geändert hatte. Teilweise gewährte sie größere Freiheiten (so bei der Lizenzierung von "Tauwetter", das EHRENBURG schrieb, oder von PANOWAs Roman "Die Jahreszeiten"). Diese Freizügigkeit wechselte jedoch mit Versuchen, freiheitliche Regungen energisch zu unterdrücken (wie das beispielsweise im dem Artikel über die Sowjetliteratur zum Ausdruck kam, den der "Kommunist" in seiner Juninummer brachte).

Im Laufe des Kongresses kristallisierte sich eine ziemlich eigenartige demokratische "Duldsamkeit" heraus. Das "Tauwetter" von EHRENBURG, das heftige Anklagen gegen das Sowjetregime enthält, sowie die "Jahreszeiten" der PANOWA wurden lediglich als "mißglückte Werke" bezeichnet, während EHRENBURG und PANOWA trotzdem im Präsidium des Kongresses saßen. Ilja EHRENBURG wandte sich in seiner Ansprache mit

- 11 -

dem Aufruf an die Schriftsteller, sie sollten "wahrheitsgetreu" über die sowjetische Gegenwart schreiben und auf diese Weise ständig um ihre eigene Verbesserung kämpfen.

Was die Beteiligung ausländischer Schriftsteller am Kongreß betrifft, so entsprach er offensichtlich nicht der in ihn gesetzten Erwartung. Seit über einem halben Jahr hatte die sowjetische Propaganda angekündigt, daß bedeutende Schriftsteller aus aller Welt teilnehmen würden. Im Gegensatz dazu erschienen jedoch lediglich die obligatorischen Vertreter der "Volksdemokratien" einschließlich Chinas sowie die bekannten kommunistischen Schriftsteller des westlichen Auslandes wie Jorge AMADO (Brasilien) und Pablo NERUDA (Chile) usw.

7. Die 2. Tagung der gewerblichen Genossenschaften der UdSSR

Ebenfalls in Moskau fand die zweite Tagung der Bevollmächtigten der gewerblichen Genossenschaften statt, die am 14. 12. begann. Das ZK der KPdSU wandte sich an die Tagung mit einer Adresse, die durch eine entsprechende Resolution der Tagung beantwortet wurde.

Die gewerblichen Genossenschaften, in denen Handwerker oder Kleinproduzenten zusammengefaßt sind, verfügen in der gesamten Union über 15 000 Werkstätten und Betriebe, die in der Hauptsache Gegenstände des täglichen Bedarfs herstellen. Die Tagung war einberufen worden, um eine Verbesserung der Arbeit dieser Genossenschaften zu beraten.

Nach Ansicht der Tagung ist es der Hauptfehler der Genossenschaften, daß sie sich zu wenig für die tatsächlichen Bedürfnisse der Verbraucher interessieren. Außerdem brächten sie ein ungenügendes Sortiment, schlechte Qualitäten und zu hohe Preise heraus. Weiter wurde die übermäßige Größe des Verwaltungsapparates kritisiert.

Als neue Aufgabe wurden den gewerblichen Genossenschaften die Belieferung der entstehenden Siedlungen des eben gewonnenen Neulandes zugewiesen. Die Genossenschaften haben der Schaffung von Reparaturwerkstätten in eben diesen Gebieten besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Zu der Versorgung der dort arbeitenden jungen Menschen sollen Nähstuben, Schuhmacherwerkstätten und ähnliche Einrichtungen

- 12 -

installiert werden. Die Tagung verpflichtete sich, im kommenden Jahre mindestens 500 solcher Betriebe zu eröffnen, davon mindestens die Hälfte in den Gebieten des Neulandes.

8. Der 75. Geburtstag Stalins

Am 21. Dezember nahm die Sowjetpresse wieder verstärkt Notiz von Stalins Geburtstag. Stalin wäre an diesem Tage 75 Jahre alt geworden. Überall erschienen sein Portrait und Artikel, die seiner Tätigkeit gewidmet waren.

Zweierlei Eindrücke wurden dadurch erweckt:

Einmal scheint es, daß die sowjetische Führung nach 2 Jahren halben Vergessens versucht, die Erinnerung an Stalin neu zu erwecken, und ihn aufs alte Piedestal stellen will.

Zum anderen jedoch scheint man den Willen zu haben, seine Rolle zur Zeit der Oktoberrevolution und in den Jahren, in denen er Partei und Staat führte, neu zu definieren.

Bei der Oktoberrevolution wird ihm der Platz eines "Meisters der Revolution" eingeräumt. Danach "führte" er Partei und Regierung, wobei jedoch immer betont wird, daß er dies zusammen mit anderen Schülern Lenins getan habe. Erwähnungen von Titeln wie "Genie" oder "Koryphäe der Wissenschaft", wie sie zu Stalins Lebzeiten üblich waren, fehlen gegenwärtig völlig. Der Artikel "J.W. Stalin - der Fortsetzer der Lenin'schen Sache", der anlässlich des Gedenktages in der PRAWDA erschien, schließt mit folgender Behauptung, die diese neue Definition unterstreicht:

"Das Prinzip der parteilichen Führung in der täglichen Arbeit ist das Lenin'sche Prinzip der kollektiven Führung."

In dem Artikel der Obersten W. PANOWA "Ein wichtiges Thema der Sowjetliteratur" wird die Rolle Stalins als des einzigsten Heerführers, der den Krieg gegen Deutschland gewonnen hat, entthront. Wie bekannt ist, bemühte sich die sowjetische Nachkriegsliteratur, zu beweisen, Stalin selbst habe alle Aktionen im Krieg "geleitet und inspiriert", wobei man hinunter bis auf Kampfhandlungen auf der Regimentsebene ging.

Anscheindend wurde das Erscheinen der zahlreichen Gedenkartikel zum 75. Geburtstage Stalins auch durch die Wünsche ausländischer kommunistischer Parteien, besonders der KP Chinas, veranlaßt.

- 13 -

sonders die Notwendigkeit unterstreichen, sein Andenken zu ehren. Der Widerspruch zwischen oft groß klingenden Titeln und dem nüchternen Inhalt vieler Geburtstagserklärungen unterstreicht diesen Eindruck. Denn im Gegensatz zu dieser innersowjetischen Erscheinung wurde der Gedenktag außenpolitisch mehr ausgenutzt, was schon allein durch die Tatsache bewiesen wird, daß am 21. Dezember an verschiedene Persönlichkeiten des Westens und des Ostblocks für Verdienste im "Friedenskampf" 10 hohe Prämien ausgegeben wurden.

9. Landwirtschaft

Seit etwa einem Monat kann man in der Sowjetunion eine steigende Beunruhigung über die Lage in der Viehwirtschaft beobachten. In diesem Jahre - 1954 - gelang es nicht, die sich in einem schlimmen Zustand befindliche Viehwirtschaft zu sanieren. Es gelang ebenso wenig, die im Plan vorgesehene und notwendige Menge an Winterfutter aufzubringen. Darüber hinaus blieben auch in vielen Gegenden die Pläne zum Neubau von Stallungen unrealisiert. Aus diesen Gründen zeigt man sich äußerst besorgt darüber, daß die Überwinterung der Viehbestände nicht ohne Verluste möglich sei. In der PRWADA vom 6. 12. 1954 heißt es dazu:

"Jedoch haben wir noch keine entscheidenden Erfolge in der Entwicklung der Tierzucht und der Vergrößerung der Fleisch-, Butter-, Eier-, Häute- und Wollproduktion und anderer Produkte der Tierzucht erzielt."

In der Notiz "Winterweiden am Kaspischen Meer" ist davon die Rede, daß in diesem Winter für die Winterweiden halb so viel Futter vorbereitet worden sei als im Vorjahre. Die absolute Menge entspräche gerade noch 36 % von dem, was tatsächlich benötigt würde. Den Grund dafür erblicken die zuständigen Stellen in der Versendung der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte ins Neuland nach Kasachstan, die erfolgte, bevor man die Arbeiten im eigenen Gebiet beendet hatte.

Der Leitartikel der PRAWDA vom 6. 12. 1954 fordert: "Die Arbeiten der Viehzucht soll man mit Aufmerksamkeit und Sorge umgeben". Zu dieser richtigen, bis jetzt allerdings noch selten geäußerten Feststellung wird dann weiter angeführt, daß sich

"die Landwirtschaft wegen des Verhaltens der Kolchosbauern zur Arbeit schlecht entwickelt."

- 14 -

In der Landwirtschaft entschieden die Menschen alles, fährt die PRAWDA fort, und da, wo sich Sorge um das Wohl der Kolchosbauern und eine gute Behandlung offenbaren, zeigen sich auch bald Fortschritte in der Landwirtschaft. Deshalb schlägt das Blatt vor, Beziehungen zu den landwirtschaftlichen Arbeitern und ihren Nöten zu suchen und ihre Lage zu verbessern. In dem gleichen Artikel wird dann darauf verwiesen, daß in der Landwirtschaft im allgemeinen und in der Viehzucht im besonderen Mangel an Arbeitskräften bestünde.

"In dem Gebiet von Alma-Atinsk z. B. sind die Kader auf den großen Weideflächen bis jetzt noch nicht ergänzt worden. Es fehlen dort ungefähr 3 000 Schafhirten, über 500 Pferdehirten und viele Rinderhirten."

Auf den Winterweiden sei auch die Versorgung mit Verbrauchsgütern sehr schlecht organisiert, die Hirten könnten sich weder Salz noch Streichhölzer oder Tabak kaufen.

Besonders schlecht stünde es mit der Viehzucht in der Estnischen Republik, obwohl gerade Estland ein Viehzuchtgebiet sei. In dem PRAWDA-Artikel "Die Estnische SSR bleibt in der Entwicklung der Tierzucht zurück" wird davon gesprochen, daß sich die Stückzahl an Vieh nicht vergrößert, sondern im Gegenteil verringert habe:

"In den Kolchosen werden jahraus, jahrein die Aufgaben bezüglich des Heuertrages und des Säens von Gräsern nicht erfüllt."

"Äußerst niedrig" seien auch die Maisernten. Wegen dieses unwirtschaftlichen Verhaltens sind von den 684 000 ha natürlicher Heuwiesen 342 000 ha versumpft und können nicht mehr ausgenutzt werden. In diesem Jahr wurde der Plan zum Bau von Ställen folgendermaßen erfüllt: Kuhställe zu 52 %, Kälberställe zu 28 %, Schweineställe zu 9 %. Zusammenfassend stellt die PRAWDA fest:

"Die estnische SSR erfüllte in den letzten Jahren nicht die staatlichen Pläne für die Entwicklung der Landwirtschaft. Der Ernteertrag bleibt deshalb in einer Reihe von Bezirken nach wie vor gering."

Aus einer Prawdameldung vom 7. 12. 1954 über das Plenum der Lenin-grader Parteiorganisation der KPdSU können wir uns ein Bild über die Zustände der Landwirtschaft im Leningrader Gebiet machen:

"Es gibt ziemlich viele Kolchosen, die zurückbleiben. Nicht genügend Aufmerksamkeit werde der Beschaffung von Futtermitteln für die Kollektivwirtschaften geschenkt."

- 15 -

Außerdem stellt die Parteiorganisation fest:

"In vielen MTS ist die Arbeitsproduktivität der Arbeiter noch sehr niedrig."

In diesem Zusammenhang kannes nicht verwundern, daß die soziale Lage der Kollektivwirtschaften schlecht ist. Es wurden Zahlen bekannt, die einen Einblick erlauben. Demnach erzielten die sowjetischen Kollektivwirtschaften im Jahre 1954 insgesamt einen Nutzeffekt von 49,6 Milliarden Rubel. Der Sowjetstaat hat von diesem Gesamtertrag beinahe die Hälfte für seine Zwecke abgeschöpft.

Zur Entlohnung und Versorgung der 15 Millionen Familien der Kollektivbauern verblieben 30 Milliarden Rubel, so daß pro Kollektiv-Bauernfamilie 2 000 Rubel in Naturalien oder Bargeld als Jahreseinkommen verblieben. Umgerechnet pro Monat erhielt also jede Kollektivbauernfamilie 166 Rubel, was - nach deutschen Verhältnissen - ungefähr 166 Mark gleichkommt.

"Den Arbeitern des Neulandes muß mehr Fürsorge angedeihen", überschreibt die PRAWDA ihren Leitartikel vom 9. 12. 1954, in dem sie ein unerfreuliches Bild der Lage in den Neuländern von Sibirien und Kasachstan, besonders der dort eingesetzten Jugend, zu Beginn dieses Winters gibt. Es fehlt an Wohnräumen. Zum Bau neuer Sowcho- sen mangelt es an Baumaterialien; Handel und Versorgung sind schlecht organisiert. Es gibt weder Wäschereien noch Reparaturwerkstätten für Kleider oder Schuhe. Die Nachrichtenübermittlung funktioniert schlecht, die Post kommt nur mit großen Verspätungen durch. Auch die Versorgung mit Medikamenten ist nicht gewährleistet.

Man kann deshalb voraussetzen, daß sich die Stimmung der Jugendlichen, die in schwierigen Verhältnissen - fern der Verwandten und in einer ungewohnten Umgebung - leben, im Verlaufe des Winters weiter verschlechtern wird.

Aus einer Reihe von Notizen und Meldungen der Sowjetpresse im Laufe der letzten Monate geht hervor, daß im Neuland demobilisiertes Militär in großer Zahl zum Einsatz gebracht wird.

- 16 -

10. Industrie

Offizielle und offiziöse Meldungen über die Sowjetindustrie analysierend kommt man zu dem Erkenntnis, daß heute wie früher der Hauptmangel in ihrer geringen Produktivität liegt, Pläne und Normen bleiben unerfüllt.

Besonders verschärft hat sich die Lage in der Gewinnung und Verarbeitung von Holz. "Das Zurückbleiben bei den Holzfällerarbeiten muß überwunden werden", überschreibt deshalb die PRAWDA ihren Leitartikel vom 28. 11. 1954. Das Blatt greift das Beispiel des Kombinats "Molotowles" auf, in dem die Norm vorsieht, daß pro Mann und Tag 0,75 m³ Holz eingeschlagen und versandfertig gemacht werden muß. Bei der Jahresrechnung ergab sich jedoch eine tatsächliche Leistung von nur 0,32 m³ pro Mann und Tag. Demnach sind an den Holzgewinnungsplätzen des Kombinats die Normen nicht einmal zur Hälfte erfüllt worden. Im gleichen Artikel kommt die PRAWDA zu der Feststellung, daß überall in der Sowjetunion die Gewinnung von Bau- und Brennholz in diesem Jahre zurückgegangen sei.

Bereits am 2.12.54 griff die PRAWDA dieses Thema erneut, diesmal unter dem Titel "Die Reserven der Holzgewinnungsindustrie sind voll und ganz auszunutzen!" auf. In diesem Artikel werden viele Betriebe beschuldigt, sie lieferten niedere Qualitäten oder auch fehlerhafte Stücke ab, nur um das vom Staat vorgeschriebene Produktionssoll zu erfüllen.

Dies aber gilt nicht nur für die Holzindustrie, sondern auch für alle anderen Produktionszweige. "Ununterbrochen die Herstellung von Papier erhöhen!" - fordert die PRAWDA am 13.12. und kritisiert in diesem Zusammenhang die Arbeit der Zellulosefabriken, die verbessert werden soll. Die Zeitung gibt darüber hinaus bekannt, dass eine "Reihe neuer Fabriken für die Papierindustrie erbaut" wird.

In einem Rechenschaftsbericht über die Herstellung von Stoffen berichtet die PRAWDA, im Jahre 1954 seien ausgeliefert worden:

5,5 Milliarden m Baumwollgewebe, 520 Millionen m Seidengewebe und
242 m Wollgewebe (2.12.54)

Ebenfalls am 2.12. berichtet die PRAWDA über die Ölgewinnung und die Neuerschließung von Ölfeldern. "Mächtige Zentrale für Ölgewinnung" nennt sich der Artikel, der besonders auf die Arbeit in Baschkirien eingeht:

- 17 -

"Die Aufmerksamkeit der Parteiorganisation und der Wirtschaftsführer war in letzter Zeit besonders auf Such- und Erforschungsarbeiten neuer Ölgewinnungsflächen gerichtet. Die durchgeführten Forschungs- und Ermittlungsarbeiten hatten gute Ergebnisse. Es wurden sehr produktive Strukturen entdeckt. Besonders in einem der unlängst ausgemachten Gebiete wurde tief nachgeschürft."

Allerdings gebe es dabei Stockungen und erschreckend unwirtschaftliche Arbeitsmethoden, berichtet das Blatt weiter, und fährt fort:

"Allein auf der Vereinigung "Baschkirenöl" wurde in diesem Jahr eine solche Menge Zeit verschwendet, dass man in ihrem Verlauf zusätzlich nicht weniger als 50 Spalten hätte durchbohren können."

11) Transport

Im Eisenbahnwesen der Sowjetunion scheint es derzeit nicht zum besten bestellt zu sein. Anhaltspunkte dafür liefert z.B. der Prawda-Artikel vom 12.11.54: "Beharrlich die Arbeit der Eisenbahn verbessern." Danach treten ungeheure Verzögerungen beim Be- und Entladen der Waggons ein, selbst Transporte von Wichtigkeit für den Staat würden aufgehalten. Fertige Waren stauten sich in grosser Menge bei den Produzenten, ohne dass Transportraum vorhanden sei.

"Viele Eisenbahner erfüllen nicht die Transportpläne, worunter auch die Beförderung von wichtigsten volkswirtschaftlichen Gütern fällt, wie z.B., Steinkohle, metallurgisches Rohmaterial, Zement, Ölprodukte, Mineraldünger und anderes.

Das Zurückbleiben bei der Ausführung wichtiger volkswirtschaftlicher Transporte hat seine Ursache auch in der Lockerung der staatlichen Disziplin bei einzelnen Eisenbahnen.

Ein Teil der Eisenbahner hält sich nicht an die Arbeitsdisziplin."

In der PRAWDA vom 13.12.54 wird über die Beendigung der Bauarbeiten an dem chinesischen Teil des Eisenbahnnetzes berichtet, welches die Hauptstadt der Äusseren Mongolei, Ulan Bator, mit Zsinin auf chinesischem Territorium verbindet. Der fertiggestellte Bauabschnitt von Zsinin bis zur mongolischen Grenze hat eine Länge von 338 km. Die Anschlussbahn von der Grenze nach Ulan Bator wurde schon vorher von sowjetisch-mongolischen Kräften vollendet. Ulan Bator ist seiner-

- 18 -

seits durch eine Bahnlinie mit dem transsibirischen Eisenbahnnetz verbunden. Mit der jetzigen Beendigung der erwähnten Teilstrecke hat sich der Schienenweg Moskau-Peking um 1000 km verringert.

In der PRAWDA vom 1.12.54 befindet sich ein Bericht über die Beendigung einer Rollbahn von Sinkan nach Tibet, die eine Gesamtlänge von 2255 km aufweist.

12) Mittelschulbildung

Auch auf anderen Gebieten gibt es in der Sowjetunion Sorgen. Die Presse kritisiert zurzeit die geringen Fortschritte, die von den Mittelschulen erreicht werden. Z.B. greift die Prawda dieses Thema am 10.12.54 auf und schreibt unter der Überschrift "Die pädagogische Meisterschaft des sowjetischen Lehrers muss vervollkommen werden:

"Dies bezeugen auch die geringen Fortschritte in einem Teil der städtischen und namentlich der Dorfschulen, deren Schüler in ihren Kenntnissen ein unzureichendes Niveau haben."

Viele Lehrer würden, um die auch auf diesem Gebiet vorliegenden Pläne zu erfüllen, unverdient gute Zensuren verteilen und so Erfolge vertauschen.

Schuld an dieser Lage hat auch der Mangel an Schulbüchern, der trotz einer Schwemme an politischer Literatur besteht. Die Prawda vom 30.11.54 kündigt als Abhilfemassnahme eine Aktion an, bei der alte Schulbücher gesammelt oder aufgekauft und dann wieder instand gesetzt werden sollen.

13) Die Partei

a) Die unteren Kader der Partei - die Erstorganisationen

Weitere Massnahmen wurden in der Berichtszeit angekündigt, um das Leben in den unteren Parteiorganisationen zu beleben.

Vorschläge dafür befanden sich in folgenden amtlichen Publikationen:

"Der Kommunist": Artikel von G. SCHITAREW "Der schöpferische Charakter der Parteiarbeit", Nr. 17

"Das Parteileben": Artikel von KRAWTSCHENKO: "Die Bedeutung der parteilichen Erstorganisation soll erhöht werden.", Nr. 15

Alle diese Veröffentlichungen, die ihre Ergänzung in Antikola

- 19 -

örtlicher Organe finden, haben die Tendenz, auf eine weitere Demokratisierung der Grundorganisationen hinzuwirken. Die oberste Parteiführung will damit Sympathien und Autorität bei den breiten Massen der Parteimitgliedschaft gewinnen und die Kommunisten dazu bewegen, aktiver zu werden, damit sie tatsächlich zu einer führenden Schicht in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben werden.

b) Die mittleren Kader der Partei - die Raikope, die städtische und Gebietsparteführung.

Das ZK der KPdSU führt zurzeit eine völlige Reformierung der Arbeitsmethoden der mittleren Parteikader durch. Zahlreiche Artikel der Sowjetpresse erlauben es, ein Urteil darüber abzugeben. Am klarsten kommen diese Tendenzen in einem Artikel von P. MOSKATOW zum Ausdruck, der in der Zeitschrift "Das Parteileben" unter dem Titel "Einige Fragen zur Arbeit des Parteiapparates" erschienen ist.

Demnach wird innerhalb der mittleren Kader zurzeit eine Säuberung durchgeführt. Jedoch ist das keine Säuberung im Stile Stalins, bei der etwa Kommunisten entfernt würden, die im Widerspruch zur politischen Gesamtlinie stehen. Vielmehr besteht das Kriterium in fachlichen Fähigkeiten und Leistungen. Entfernt werden verbürokratisierte Funktionäre, von denen man keine Erfolge und positiven Vorschläge mehr erwarten zu können glaubt.

MOSKATOW, der als Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission beim ZK der KPdSU wissen muss, worum es geht, spricht auch von einer "Vereinfachung des Parteiapparates". Die vielen Rangstufen und Verwaltungsfunktionen sollen abgebaut und eine "bedeutende Kürzung des Stabes" durchgeführt werden.

Den mittleren Kadern wird als Pflicht auferlegt, lebendige Führungsgremien aus Kommunisten und Parteilosen zu schaffen, die alle Beschlüsse von Partei und Regierung in allen Zweigen des sowjetischen Lebens ohne Bürokratismus, überflüssige Direktiven und Verordnungen Rundschreiben, Briefe sowie Sitzungen durchführen können.

In dem Artikel wird zugegeben, dass man diese Reformen nur langsam

- 20 -

durchführen werde. Offensichtlich geht das auf den Widerstand der von dieser Säuberung bedrohten Funktionärsschicht zurück, die ihren seit Jahrzehnten feststehenden Arbeitstrott nicht ändern will.

Deshalb musste MOSKATOW feststellen:

"Aber im Gebiet der Verbesserung des Apparates und seiner Arbeit sind erst die ersten Schritte getan... Man könnte noch viele Beispiele dieser Art anführen; alle legen sie davon Zeugnis ab, dass der gegenwärtige Kampf für die Verbesserung der Tätigkeit des Parteiapparates noch nicht entfacht wurde. Man muss hierzu bemerken, dass die Revisionskommissionen in dieser Hinsicht nur eine schwache Aktivität zeigen."

c) Die Spitzen der Partei und Regierung

Die Aktivität der Spitzengruppe in Partei und Regierung, die aus etwa 5 bis 10 Personen besteht, hat sich während der letzten Monate - was ihr öffentliches Auftreten betrifft - verstärkt. Diese sogenannte kollektive Leitung nimmt fast täglich mit all ihren Mitgliedern an den in Moskau durchgeführten Kongressen, Konferenzen, Versammlungen und Empfängen teil.

Auffällig ist das gemeinsame Auftreten. Man fragt sich, warum ein hoher Militär wie BULGANIN oder ein Handelsfachmann wie MIKOJAN auf dem Schriftstellerkongress erscheinen müssen. Aber auf jedem Kongress und bei jedem Anlass sind unbedingt alle anwesend: MALENKOW, MOLOTOW, BULGANIN, MIKOJAN, CHRUSCHTSCHEW, WOROSCHILOW, KAGANOWITSCH, SABUROW, PERWUCHIN usw. Höchstens die vier Letzgenannten dürfen ab und zu fehlen. Offensichtlich sind die einzelnen Mitglieder der kollektiven Führung nicht mehr an ihre eigentlichen Funktionen in der Masse gebunden, wie früher. Vor einem Monat führte nämlich der Handelsspezialist der Sowjetführung, MIKOJAN, die verwickelsten aussenpolitischen Verhandlungen in Finnland etc.

Offensichtlich versuchen die Sowjetführer durch diese Aktivität und ihr öffentliches Auftreten, Sympathien und Vertrauen bei der Bevölkerung zu erwecken. Aber ihr ständiges Beieinandersein lässt auch den Schluss zu, dass der Kampf um das Erbe Stalins noch immer nicht entschieden ist. Das Gefühl ständiger Nebenbuhlerschaft und inneren Misstrauens geben keinem der Rivalen die Möglichkeit, den anderen aus

als das jedem einzelnen zukommt. Offensichtlich bilden zurzeit 5 Personen das Machtzentrum: MALENKOW, MOLOTOW, MIKOJAN, BULGANIN, CHRUSCHTSCHEW.

Bemerkenswert ist, dass in den beiden führenden sowjetischen Zeitungen, der PRAWDA und ISWESTIJA am 24.12.54 in den wichtigsten Perspektiven der sowjetischen Politik entgegengesetzte Auffassungen dargelegt worden sind. Während das Organ der Sowjetregierung, die ISWESTIJA (MALENKOW nahestehend) die weitere Steigerung der Produktion von Konsumgütern und die Forderung nach der Koexistenz vertreten wurde, verlangte das Sprachrohr CHRUSCHTSCHEWs, das Zentralorgan der Partei, die PRAWDA, einen "härteren aussenpolitischen Kurs" und den Vorrang für die schwerindustrielle Produktion.

II. Die Innenpolitik der sowjetischen Führung

Die Summierung der Ereignisse, die sich in den letzten zwei Monaten in der UdSSR abspielten, und die wir unter I. aufgeführt haben, lässt eine Reihe von Schlussfolgerungen zu.

1) Demokratische Konzessionen

Die sowjetische Führung begann auf verschiedenen Gebieten damit, gewisse Zugeständnisse an die Bevölkerung und an die Mitgliedschaft der KPdSU zu machen. Dazu gehören

- Einführung einer gewissen inneren Demokratie in den Grundorganisationen der Partei und des Jugendverbandes;
- Zugeständnisse an die Religionsgemeinschaften und die Gläubigen,
- Die Verurteilungen der früheren Spitzenfunktionäre des MGB;
- Ansätze, die verfassungsmässigen Rechte in die Wirklichkeit umzusetzen,
- eine gewisse Einschränkung des Terrors und andere Massnahmen.

Es ist schwer zu sagen, wie weit die sowjetische Führung mit solchen Zugeständnissen gehen kann. Es ist sogar möglich, dass im Zusammenhang damit eine Änderung der Verhältnisse eintritt, die in der Sowjetführung eine Gegenreaktion hervorrufen kann.

Gegenwärtig jedoch werden die Zugeständnisse in Richtung auf eine Demokratisierung gemacht, um die Parteiführung mit den Massen auszu-

söhnen, ihr Autorität und Sympathie bei ihnen zu erobern, und so die Bevölkerung zu veranlassen, freiwillig produktiver in allen Zweigen der Volkswirtschaft zu arbeiten.

2) Massnahmen zur Belebung der Wirtschaft

Gleichzeitig mit der Politik der Konzessionen hat die Sowjetführung zwei grosse Projekte in Angriff genommen, die in ihrem Ausmass an die Stalin'sche Epoche erinnern:

a) Die Gewinnung von Neuland

Die erste Massnahme ist die Gewinnung von Neuland in Sibirien-Kasachstan. Schon im Jahre 1954 wurde auf 3,6 Millionen Hektar des urbar gemachten Landes Korn ausgesät. Gegenwärtig haben die Pläne zur Erweiterung dieses Projektes einen Stand erreicht, der die Gewinnung von 28 bis 30 Millionen Hektar vorsieht.

In die bereits urbar gemachten und die noch zu gewinnenden Landstriche sind in diesem Jahre mehrere Hunderttausend Menschen, meist jüngere Jahrgänge, geschickt worden. Um den Plan jedoch durchzuführen und das gewonnene Land auch halten zu können, wird es notwendig sein, mehrere Millionen Sowjetbürger für immer dort anzusiedeln.

Es ist klar, dass bei weitem nicht alle freiwillig zu dieser Kolonistenarbeit fahren werden, die ja bekanntlich unter schwierigsten Bedingungen und bei grössten Entbehrungen durchgeführt werden muss. Die Sowjetführung hilft sich z.T. dadurch, dass sie demobilisiertes Militär in diese Gegenden entlässt.

Diesen grossen Plan muss die Sowjetführung durchführen, wenn sie die Wirtschaft des Landes und besonders die Ernährungslage aus der Krise herausbringen will.

"Solch ein Zuwachs an Saatflächen wird die Möglichkeit schaffen, die Bereitstellung von Vorräten und den Ankauf von Korn in einem Umfang durchzuführen, der eine vollkommene Befriedigung der Bedürfnisse unseres Landes an Brotproduktion sichert und den Besitz von notwendigen staatlichen Brotreserven ermöglichen."

(Erkl. des ZK der KPdSU vom 8.11.54)

Die Erschliessung neuer Gebiete hat aber auch noch einen anderen

- 23 -

Zweck: Es geht um die - wenn man so sagen darf - Europäisierung des asiatischen Raumes. Die Sowjetführung hält diese Aufgabe für besonders wichtig, um den steigenden Einfluss des kommunistischen Chinas auf die Asiaten aufzufangen.

b) Entbürokratisierung und Reorganisation

Die zweite Massnahme der Sowjetführung besteht darin, Arbeitskräfte aus dem Sektor der unproduktiven Arbeit - also aus der Bürokratie - in den Bereich der produktiven Arbeit zu überführen. Dieser Massnahme widmet die Sowjetpresse zurzeit grosse Aufmerksamkeit. Eine der wichtigsten Verlautbarungen zu dieser Frage ist in der Zeitschrift "Kommunist" zu finden, die in ihrer Nr. 16. einen Artikel von A. SWJEREW gross aufmacht, die den Titel trägt: "Verbesserung und Vervollkommen der Arbeit des Staatsapparates".

In der Tat hat sich der unproduktive Beamtenapparat abnorm vergrössert und zu einer ernststen Gefahr für die Volkswirtschaft entwickelt. In vielen Wirtschaftszweigen existiert ein Stärkeverhältnis zwischen Produzierenden und Bürokraten 3 : 1, es gibt aber auch Fälle, wo sich das Verhältnis auf 2 : 1 oder sogar auf 1 : 1 verschlechtert. Die PRAWDA vom 6.12.54 weiss darüber zu berichten:

"In der Tat kommen auf 163 Arbeiter in den Fischfabriken und Fischereien, wovon nur 98 Leute direkt beim Fischfang beschäftigt sind, 112 administrativ-leitende Angestellte des Trustes und der Unternehmen. Mit anderen Worten kommen auf je 3 Arbeiter 2 administrativ-leitende Beamte. Besonderes Pech hat die Fischfabrik von Kischengow. Hier kommen auf je 2 Arbeiter drei Verwaltungsleute. "

Diese Zustände zu ändern ist das Ziel der neuen Regierungsmaßnahmen. Stenotypistinnen, Buchhalter, Kanzleischefs, Statistiker, Sekretäre und Sekretärinnen, Abteilungsleiter usw. werden zur Durchführung körperlichen Arbeiten in Industrie und Landwirtschaft eingesetzt. In kurzfristigen Spezialkursen werden sie auf die neue Tätigkeit vorbereitet. In den drei ersten Monaten nach ihrem Ausscheiden aus dem Verwaltungsdienst erhalten die Betroffenen noch ihr altes Gehalt.

- 24 -

Von dieser Maßnahme sind Millionen von Menschen betroffen. In der Tagespresse findet man immer wieder Berichte darüber, wie sich die ehemaligen Bürokraten in ihrer neuen Tätigkeit einleben.

Volkswirtschaftlich bringt diese Reorganisation zweifellos großen Nutzen. Der produzierende Sektor wird auf Kosten der Verwaltung um Millionen von Arbeitskräften vergrößert, wodurch die Bruttoproduktion bedeutend ansteigen muß. Andererseits bedeutet dies allerdings, daß viele Menschen mit ihren Lebensgewohnheiten brechen müssen und deshalb den Reformen heftigsten Widerstand entgegensetzen. Die PRAWDA bemerkt:

"Die einzelnen Führer der Behörden und verschiedenen Ressorts beeilen sich vorläufig noch nicht, die von der Partei und der Regierung gestellten Forderungen über die Durchführung weiterer Verbesserungen bei der Einteilung der Arbeitskräfte auf die Sphären der materiellen Produktion und der Verwaltung zugunsten des Produktionsbereichs auszuführen."

3) Rückwirkungen der neuen Maßnahmen

Sowohl die Verpflanzung von Hunderttausenden von jungen Menschen in das asiatische Hochland als auch die Umschulung von Bürokraten zu produktiven Arbeitskräften sind zwar volkswirtschaftliche Fortschritte, rufen aber - da sie teilweise mit Gewalt und gegen den Willen der Betroffenen durchgeführt werden - heftigen Widerstand und Unzufriedenheit hervor. Zu beurteilen, ob dieser Widerstand durch den notwendigerweise kommenden, sichtbaren Nutzeffekt aufgefangen wird, scheint zur Zeit noch nicht möglich zu sein.

III. Die Außenpolitik der Sowjetunion

1) Die allgemeine Friedenskampagne

Ein charakteristischer Zug der sowjetischen Außenpolitik besteht nach wie vor darin, ständig Beweise der "Friedensliebe" zu liefern. Auch während des Berichtsmonats hat die Sowjetunion wiederholt die Frage des Verbotes der Atom- und Wasserstoffbomben sowie einer allgemeinen Kürzung der Rüstung aufgeworfen. Wesentlich an diesen Vorstößen ist jedoch lediglich die Frage, in welchem Verhältnis Pro-

- 25 -

paganda und ernste Absichten dabei stehen.

Nun ist der sogenannte Friedenskampf ein ausgezeichnetes Propagandamittel, das niemals und nirgends seine Wirkung verfehlt, selbst in der Sowjetunion nicht. Hinzu kommt, daß auch eine Verwirklichung der Sowjetvorschläge (wider alles Erwarten) ebenfalls der Sowjetunion zugute käme.

Offensichtlich hält der Westen - was die A- und H-Waffen betrifft - einen Vorsprung gegenüber der Sowjetunion. Ein Verbot dieser Waffen würde die relative Stärke der Union vergrößern. Eine allgemeine prozentuale gleiche Abrüstung wäre für Moskau ebenfalls nützlich. Sie wird das bestehende Verhältnis nicht ändern und die Vorteile der Sowjets - besonders was Panzer und Infanterie betrifft - nicht mindern.

Bei einer solchen Abrüstung - so spekuliert man in Moskau - könnte man die demobilisierten Soldaten erfolgreich in der Wirtschaft einsetzen und ihre Produktivität erhöhen. Gleichzeitig nimmt die Sowjetführung an, Demobilisierungen im Westen würden zu einer Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen, ebenso wie eine Beendigung des Rüstungsbooms allgemeine wirtschaftliche Depressionen hervorrufen müßte.

Trotzdem entspringt der sowjetische Friedensfeldzug nicht der Absicht, sich günstige Ausgangspunkte für einen allgemeinen Krieg zu schaffen oder ausschließlich propagandistische Erfolge zu erzielen. Die Sowjetführung wünscht gegenwärtig keinen Krieg und kann auch gar keinen führen. Dafür sprechen folgende Tatsachen:

1. Nach dem Tode Stalins sind die Disziplin im eigenen Land und der Einfluß auf die Satelliten schwächer geworden. Im Kriegsfall ist hier wie dort mit ernsthaftem Widerstand zu rechnen.
2. Die technische Ausrüstung des Westens, besonders in A- und B-Waffen, ist weit überlegen.
3. Die industrielle Kapazität der Westmächte ist stärker, die UdSSR befindet sich im Stadium einer Krise bzw. der Aufwendung aller Kräfte zu ihrer Überwindung.

- 26 -

4. Im Jahre 1954 hatte die Union eine Mißernte. Die zur Kriegsführung notwendigen Vorräte konnten nicht ergänzt bzw. angelegt werden.
5. Friedensjahre sind notwendig, um die Volkswirtschaft anzukurbeln, die materielle Lage der Bevölkerung zu verbessern, durch Konzessionen und Reformen Autorität und Sympathie beim Volk zu gewinnen, und damit das gegenwärtige Regime zu stabilisieren.
6. Die letzte Zeit hat bewiesen, daß es ohne Risiko möglich ist, auf diplomatischer Ebene Erfolge zu erringen.

Zwar gibt es noch Leute, die die Oktoberrevolution organisierten, und bei denen der Gedanke an die Weltrevolution noch lebendig ist. Aber von diesen Leuten - soweit sie in der Sowjetführung Einfluß haben - ist keiner unter 70 Jahre, und ihre Zahl ist nicht allzu groß.

Ihnen gegenüber hat die jüngere Generation in der Führung ein großes Interesse daran, die eigene Lage und die Stabilität des eigenen Staates zu festigen, während sie an einem Weltsieg des Kommunismus erst in zweiter Linie interessiert sind. Für die jetzt heranwachsende Generation schließlich ist die "Weltrevolution" überhaupt kein naher Begriff mehr und im Grunde genommen völlig gleichgültig.

2) Der Kampf gegen die Pariser Verträge

Die Hauptmaßnahmen in diesem Kampfe waren folgende:

1. Noten an die Regierungen der USA, Frankreichs und Großbritanniens am 13. 11. 1954, die zu einer europäischen Sicherheitskonferenz am 29. 11. 1954 in Moskau eingeladen wurden.
2. Die Durchführung dieser Konferenz im Rahmen des Ostblocks ohne die Westmächte.
3. Note an die Westmächte vom 9. 12. 1954
4. Kundgebung unter Beteiligung der Sowjetführung am 10. 12. 1954, die dem sowjetisch-französischen Beistandspakt gewidmet war.
5. Note an die französische Regierung vom 16. 12. 1954, die im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge mit Kündigung des Paktes drohte.
6. Note an die britische Regierung vom 20. 12. 1954, die in Bezug auf den britisch-sowjetischen Pakt ähnliche Maßnahmen

- 27 -

7. Propagandistische Maßnahmen in der ganzen Welt, z. T. gestützt auf kommunistische Tarnorganisationen wie Weltfriedensrat, Weltgewerkschaftsbund.

An der Konferenz der "Europäischen Staaten zur Garantie des Friedens und der Sicherheit Europas" nahmen 8 kommunistische Staaten teil: die UdSSR, Polen, die CSR, die DDR, Ungarn, Bulgarien, Albanien und Rumänien.

Beachtenswert scheint, daß - während die Satelliten durch ihre Premierminister vertreten waren - MALENKOW der Sitzung fern blieb und MOLOTOW für die Sowjetunion sprach. Die Sowjetdelegation war dadurch verstärkt, daß neben der Unionsdelegation auch Delegationen einzelner Republiken, so der russischen, der weißrussischen, der ukrainischen, der lettischen, der litauischen sowie der estnischen SSR, teilnahmen.

Eine Analyse dieser Konferenz ergibt, daß die Auffassungen der Sowjetunion auf der einen und von Warschau und Prag auf der anderen sowie der sowjetzonalen Vertreter auf einer dritten Seite, nicht in allen Punkten übereinstimmen.

Aus den verschiedenen Aussagen osteuropäischer Partei- und Staatsführer lassen sich folgende Standpunkte erkennen:

1. Die Führung der UdSSR strebt mit allen Kräften danach, die Ratifizierung der Pariser Verträge und damit die Remilitarisierung Westdeutschlands zu verhindern. Nach sowjetischer Auffassung bedeutet die Aufrüstung Westdeutschlands eine permanente Kriegsgefahr. Gleichzeitig würde eine Einbeziehung der Bundesrepublik in das Sicherheitssystem des Westblocks das gegenwärtige Machtequilibrium zugunsten des Westens verändern.

Die Sowjetregierung ist sich über die Gefahren, die sich aus einer anhaltenden Teilung Deutschlands ergeben, ebenfalls im klaren. Sie erstrebt deshalb eine Wiedervereinigung Deutschlands unter der Voraussetzung, daß dieses Deutschland neutral bleibt, d. h. nicht dem westlichen Militärblock angehören darf. Auf sowjetischer Seite hat man wahrscheinlich auch keine Illusionen mehr über die Rolle der SED/KP in einem wiedervereinigten Deutschland. Man hofft jedoch in einem wiedervereinigten Deutschland auf eine

- 28 -

loyale, freundschaftlich orientierte Politik gegenüber der Sowjetunion.

Es kann darüber nicht den geringsten Zweifel geben, daß die in den sowjetischen Noten dargelegte Auffassung über die Ratifizierung der Pariser Verträge die Meinung des Kreml zu diesen Fragen wiedergibt und nicht einfach als Propaganda abgetan werden kann.

2. Auch für Polen und die CSR ist eine Remilitarisierung Westdeutschlands unerwünscht, aber ebenso eine Remilitarisierung der DDR, wie sie von den Sowjets zurzeit betrieben wird.

In letzter Zeit sprechen die SED-Führer wieder von den Rechten der "großen deutschen Nation" und von der Wiederherstellung Deutschlands als "Großmacht". Solche Nuancen rufen in Warschau und Prag Beunruhigung hervor, sowohl in Bezug auf eine Vereinigung eines bewaffneten Ostdeutschlands mit einem ebenfalls bewaffneten Westdeutschland, als auch in Bezug auf die Möglichkeit einer stärkeren DDR im Verein mit der Sowjetunion.

Die polnische Führung schließlich befürchtet, ein Abzug der Sowjettruppen aus der DDR nach deren Wiederbewaffnung würde bedeuten, daß diese Sowjettruppen auch noch in Polen stationiert würden. Deshalb ist die Aufrechterhaltung des status quo für Polen und die CSR die tragbarste Lösung.

3. Die Führung der DDR ist ihrerseits bei weitem nicht begeistert von der Idee einer deutschen Wiedervereinigung. Das geht daraus hervor, daß die DDR-Delegation alles tat, um den Gedanken an eine Wiedervereinigung für die anderen abschreckend zu machen. Der DDR-Außenminister BOLZ erwähnte in einem PRAWDA-Artikel dreimal, daß die Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems Deutschland den Platz einer Großmacht sichern müßten. Wörtlich heißt es einmal:

"Er (dieser Weg) sichert Deutschland die Entwicklung zu einer Großmacht."

An anderer Stelle heißt es:

"Der Weg der Wiedervereinigung führt zur Erschaffung Deutschlands als einer großen friedlichen Weltmacht."

ö 29 -

Und die dritte Äusserung:

"Die Schaffung der kollektiven Sicherheit in Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage - das ist der Weg, der die Entwicklung Deutschlands als einer Grossmacht sichert."

Diese Zitate stammen aus einem einzigen Artikel, den Dr. BOLZ am 8.12.54 in der "Prawda" veröffentlichte.

Man kann vermuten, dass die SED-Führung ihre absolute Herrschaft in Ostdeutschland nicht gern durch eine Wiedervereinigung und freie Wahlen verlieren möchte. Sie nimmt an, dass das Resultat solcher Wahlen einen Sieg der SPD mit sich brächte. Deshalb hält sie es für das günstigste, die DDR zu bewaffnen, unter dem Schutz der Sowjetunion mit den Waffen zu drohen und auf diese Weise in Westdeutschland Furcht zu erwecken, die eine Wiedervereinigung unmöglich macht.

Auch die Schaffung von "vereinigten Streitkräften" und deren "gemeinsamer Führung" im Falle der Ratifizierung scheint durchaus keine Übereinstimmung der Meinungen darzustellen. In den verschiedenen Formulierungen der einzelnen Gruppen kommt das zum Ausdruck:

"Verwirklichung der gemeinsamen Massnahmen auf dem Gebiet der Schaffung von Streitkräften und deren Militärleitung" (8.12.54) ist der Grundton der sowjetischen Sprache, wie dieses Prawda-Zitat beweist.

"Koordinierung gemeinsamer Massnahmen..."

heisst es in tschechoslowakischem Sprachgebrauch, seitdem der Vorsitzende des Ministerrates SYROKIJ diese Formulierung prägte. In der Sowjetzone schliesslich spricht man fast ausschliesslich von

der eigenen Wiederaufrüstung,
um auch den dritten Standpunkt klarzumachen.

Ein weiterer Gesichtspunkt wurde durch die Beteiligung eines chinesischen Beobachters - des Gesandten der chinesischen Volksrepublik in Moskau, Tschiang Wenj Tianj - gegeben. Einige westeuropäische Kommentatoren haben seine Aussagen dahingehend ausgelegt, als dass China im Falle einer Auseinandersetzung zwischen Westeuropa und dem

- 30 -

Ostblock Hilfe durch Entsendung chinesischer bewaffneter Kräfte leisten würde. Demgegenüber steht aber die Tatsache, dass in seiner Erklärung kein Wort von praktischer bewaffneter Hilfe durch China im Falle eines europäischen Konfliktes gesagt wurde. Tschiang Wenj-Tian sprach lediglich über "moralische politische" Unterstützung, über eine gemeinsame Politik gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und gegen die Remilitarisierung Japans. Im übrigen sprach er davon, dass Vorbereitungen und Massnahmen zur Verteidigung jener Staaten durchgeführt werden müssten, denen in erster Linie ein Überfall von Seiten Deutschlands drohe. Das war alles.

In der Note vom 9.12.54 hat die Sowjetregierung hervorgehoben, dass die Ratifizierung der Pariser Verträge Viernächteverhandlungen über Deutschland gegenstandslos mache. Die Ratifizierung der Verträge könne auch nicht zur Erreichung der erwünschten Verständigung beitragen in der Frage des österreichischen Staatsvertrages.

Die grosse Kundgebung anlässlich des 10. Jahrestages des französischen -sowjetischen Beistandspaktes war zwar offiziell von verschiedenen Organisationen getragen, die Beteiligung der gesamten Sowjetführung bewies allerdings, dass sie auf eine Beeinflussung Frankreichs schlechthin und besonders der Nationalversammlung abzielte, die Verträge abzulehnen. Von diesem Standpunkt aus war es eine aussenpolitische Aktion. Das klang auch in den Festreden mit, die der Vorsitzende der russischen föderierten SSR, PUSANOW, ILJA EHRENBURG und MOLOTOW hielten.

Schon während dieser Feier sprachen sie die Drohung aus, dass sich die gegenseitigen Beziehungen verschärfen würden, falls die Ratifizierung zustande käme. Im übrigen aber hielt man sich an die Drohungen der Note vom 9.12.

"Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Ratifizierung der Pariser Verträge - die den Weg zur Wiedergeburt des deutschen Imperialismus eröffnen - die Verhältnisse in Europa äusserst zuspitzen und die Möglichkeit einer Verständigung der Mächte über das deutsche Problem ausschliessen wird. Niemand kann sich in dieser Hinsicht irgendwelche Illusionen machen."

- 31 -

Diese Erklärung PUSANOWs auf der Kundgebung wurde von MOLOTOW unterstrichen:

"Es scheint, dass irgendwelche Verhandlungen mit der Sowjetunion über Österreich begonnen haben. Dabei ist es jedem klar, dass auf der Basis der Pariser Abkommen irgendwelche Verhandlungen sowohl über die deutsche als auch die österreichische Frage, vollkommen zwecklos sind."

Die sowjetischen Noten an Frankreich (16.12.54) und England (20.12.54) sind dann der Höhepunkt dieser Drohungen, indem mit der Annullierung der gegenseitigen Beistandspakte im Falle der Ratifizierung Eindruck erweckt werden sollte.

3) Sowjetisch-finnische Verhandlungen

Der Umstand, dass Finnland trotz Einladung der "Europäischen Sicherheitskonferenz" ausgewichen ist, hat die Sowjetdiplomatie auf den Plan gerufen. MIKOJAN reiste nach Finnland, um den sowjetischen Einfluss auf dieses Nachbarland der in bestimmten Masse besteht, geltend zu machen. MIKOJAN blieb vom 26.11. bis zum 1.12.54 in Helsinki. Anscheinend jedoch erreichte er das Ziel seiner Pläne nicht.

Er gestand Finnland eine sowjetische Finanzanleihe zu. Der Text des abschliessenden Kommuniqué (Prawda 2.12.54), der über diese Angelegenheiten in klaren und eindeutigen Formulierungen spricht, wird in dem Teil schleierhaft, der sich mit dem europäischen System kollektiver Sicherheit befaßt. Im übrigen hatte bereits der finnische Premier auf einem zu Ehren MIKOJANs gegebenen Empfang am 29. 11. 1954 eindeutig zu verstehen gegeben, daß Finnland wünsche, ein unabhängiger Staat zu bleiben:

"Das finnische Volk, welches so sehr seine Unabhängigkeit schätzt, hat gelernt, seinem großen Nachbarn Vertrauen entgegenzubringen und hofft aufrichtig, daß wir immer den Frieden und die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern erhalten werden."

Aus dem Beitritt Finnlands zu der in Moskau beschlossenen Gemeinschaft wurde also nichts.

- 32 -

4) Wiederherstellung guter Beziehungen zu Jugoslawien

Die Sowjetführung hat das Bestreben, mit Jugoslawien wieder zu einem guten Verhältnis zu kommen. Aus diesem Grunde müssen die sowjetischen Organe, die sich früher in Beschimpfungen des "Titofaschismus" überschlugen, heute für Jugoslawien schmeicheilhafte Artikel bringen.

Die PRAWDA vom 28. 11. 1954 schreibt zum "Nationalen Feiertag der Völker Jugoslawiens", daß der sowjetische Beschluß, die Beziehungen zwischen der UdSSR und Jugoslawien zu verbessern, das Ziel verfolge, zur Festigung des Friedens in Europa und der ganzen Welt beizutragen. Die früheren Gegensätze seien für beide Staaten schädlich gewesen. Die künftigen Beziehungen müßten sich auf die Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen und der Anerkennung absoluter Gleichberechtigung begründen.

Eine solche Haltung erweckt den Eindruck, als wolle Moskau nunmehr ernsthaft versuchen, TITO als Verbündeten zurückzugewinnen. Dabei will der Kreml einen befürchteten Einfluß Jugoslawiens auf seine Satelliten neutralisieren und sich die Verhandlungen zunutze machen, die Tito mit dem Westen und gewissen asiatischen Staaten führt. Die Reise des jugoslawischen Staatschefs nach Indien und Burma, seine dortigen Erfolge sowie Gerüchte über die Anbahnung eines engeren Kontaktes zwischen Peking und Belgrad zwingen offenbar die Sowjetführung, ihre eigenen Bemühungen in dieser Richtung zu verstärken.

5) Moskau und Peking

Eines der wichtigsten Anliegen der Sowjet-Außenpolitik ist nach wie vor die Festigung der Beziehungen zum kommunistischen Volks-China. Diese beiden kommunistischen Zentren - wenngleich sie auch außenpolitisch gleiche oder ähnliche Ziele anstrebten - haben dennoch in verschiedenen politischen, ideologischen und ökonomischen Fragen Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten, welche sich möglicherweise verschärfen können.

Trotz einiger Erfolge der UdSSR in Europa geht die kommunistische Initiative in Asien mehr und mehr in die Hände Chinas über.

- 33 -

Dennoch unterstützt die UdSSR China auf der weltpolitischen Ebene nach Kräften. In der UN stellte die sowjetische Delegation zu diesem Zweck zwei Fragen:

1. Über aggressive Handlungen gegen China und die Verantwortung der US-Flotte dafür, am 14. 12. 1954 in der PRAWDA veröffentlicht,
2. Über die Freiheit der Seefahrt im Fernen Osten, am 15. 12. 1954 in der PRAWDA veröffentlicht.

Ebenfalls am 15. 12. 1954 gab das sowjetische Außenministerium eine Erklärung gegen den Pakt zwischen Formosa und den USA ab. Die Erklärung richtete sich gegen TSCHANG-KAI-SCHENG und unterstützte den Anspruch der Chinesischen Volksrepublik auf die Insel.

Trotz dieser Unterstützung für China ist die Sowjetführung über die weitere Entwicklung besorgt. Die Selbständigkeit Chinas bei der Entscheidung seiner inneren Fragen wird als gefährliches Beispiel für die asiatischen Sowjetrepubliken, für die Äussere Mongolei und für die europäischen Satelliten gewertet.

Auch über die Methoden der kommunistischen Führung schloechthin bestehen zwischen Moskau und Peking verschiedene Ansichten. Seit Stalins Tod wird von Moskau verstärkt das Prinzip der "kollektiven" Führung in Anwendung gebracht und propagiert. Die Theoretiker der KPdSU bezeichnen es als "einziges der marxistisch-leninistischen Theorie entsprechendes Prinzip". In Peking hingegen steht man auf dem stalinistischen Standpunkt der Verherrlichung eines "grossen Führers".

"Wir werden uns noch enger um die kommunistische Partei scharen und unter dem Banner des grossen Führers Mao-Tse-Tung vorwärts schreiten." (Ansprache von Li-Tsi-schenj, "Prwada" v.20.12.54)

Gemäss den letzten sowjetisch-chinesischen Übereinkommen war Moskau bereits gezwungen, eine Reihe bedeutender Konzessionen an Peking zu machen.

6) Umwerbung Japans

- 34 -

zu Peking zu bekommen, gleichzeitig aber auch, um die Position der USA in fernen Osten zu schwächen, bemüht sich die Sowjetdiplomatie, freundschaftliche Beziehungen zu Japan herzustellen.

Die "Prawda" vom 17.12.54 bringt eine Erklärung MOLOTOWs zur Frage der Wiederherstellung solcher Beziehungen zu Japan. MOLOTOW versucht darin, Japan an der Entwicklung eines Handels mit für Japan ausserordentlich günstigen Bedingungen zu interessieren. Was im übrigen die Haltung der Sowjetregierung betrifft, so sagt MOLOTOW, lass

"sie bereit ist, die Frage über praktische Massnahmen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Japan zu besprechen."

An anderer Stelle heisst es:

"Die Normalisierung der sowjetisch-japanischen Beziehungen entspricht nicht nur den Interessen beider Staaten, sondern auch den Interessen anderer Staaten, die an der Festigung des Friedens im Fernen Osten und an der Auflösung der internationalen Spannung interessiert sind."

Es steht zu erwarten, dass die Sowjetunion schon in der nächsten Zeit praktische Schritte einleiten wird, um durch Konzessionen und vorteilhafte Angebote an Japan in dieser Richtung Erfolge zu erzielen.

25X1

Page Denied